



# Beschäftigtenbündnis der Hamburger Kitas

## Info zur Einigung in der Kitabetreuung

### Geteiltes Echo

Der massive Druck der Beschäftigten und der Eltern hat dazu geführt, dass die Behörde den Haushaltsansatz um ca. 20 Mio. € erhöht hat. Unsere Öffentlichkeitsaktionen, die großen Demonstrationen und die Ankündigungen möglicher Arbeitsniederlegungen und die Klagedrohungen, haben den Senat einknicken lassen.

Erreicht ist damit aber leider nur, dass die Kürzungen geringer ausfallen und gleichzeitig bis zu 3000 Kinder mehr betreut werden sollen.

Mit der Vereinigung ist bisher nicht verhandelt worden und hier soll nur die Senkung der Gruppenfrequenzen übernommen werden. Für den Hausbereich heißt das weiterhin massiver Arbeitsplatzabbau und Lohnabbau. Der Etat der Vereinigung soll weiterhin um 20 Mio. Euro gekürzt werden.

Auch die Höhe dieses Abschlusses führt zu massivem **Stellenabbau** und zu **Entlassungen** und zu erheblicher Arbeitsverdichtung im gesamten Kitabereich. Außerdem ist die Absenkung der Gehälter durch die Pauschalierung noch längst nicht vom Tisch.

Deshalb ist die Einigung nur ein Teilerfolg.

**Der Kampf gegen die Kürzungen wird jetzt erst recht weitergehen.**

### Wer bezahlt die Einigung

Wir protestieren dagegen, dass die Verbesserungen zu großen Teilen durch die Eltern durch Beitragserhöhungen finanziert werden sollen, obwohl die Angebote in den Kitas nicht mehr das ursprüngliche Niveau haben werden.

Wir sind der Meinung, dass durch die Einführung der Vermögenssteuer und durch Verzicht auf unsinnige Großprojekte wie die Hafencity oder durch den Verzicht auf Subventionen an undurchsichtige Firmen, genügend Geld für die Kitas und vieles andere vorhanden wäre.

### Forderungen des Bündnis

- Finanzierung in Höhe der jetzigen Standards (ca. 400 Mio.)
- Erhalt des Hausbereichs
- Erhalt, Verbesserung der Bezahlung der Kita Beschäftigten

**Verbesserungen lassen sich nur mit öffentlichem Druck und mit Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen durchsetzen.**

**Deshalb wird das Bündnis in allen betroffenen Betrieben die Befragung der Beschäftigten durchzuführen.**